

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

26. August 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 17.08.13 wurden in der westlichen Provinz Herat neun Straßenarbeiter bei einem Angriff der Taliban getötet. Im südlichen Helmand starben bei der Explosion einer am Straßenrand deponierten Bombe fünf Menschen und bei einer weiteren Explosion eines selbstgebauten Sprengsatzes wurden drei Frauen getötet. Am 20.08.13 starben in Puli Alam (Provinz Logar, Ostafghanistan) bei einem Selbstmordanschlag drei Personen, darunter ein Polizist. Acht Personen erlitten Verletzungen.

Opiumanbau ausgedehnt

Nach Angaben der Vereinten Nationen wird in diesem Jahr in 20 der 34 Provinzen Opium angebaut. Vor drei Jahren waren es nur 14 Provinzen. Damit baut Afghanistan seine Position als weltgrößter Produzent von Opium weiter aus. 90 Prozent des weltweit produzierten Opiums kommen von hier. Außerdem ist Afghanistan seit einigen Jahren zu einem weltweit führenden Produzenten von Cannabis geworden.

Pakistan

Aufenthaltserlaubnis für afghanische Flüchtlinge verlängert

Nach Angaben der pakistanischen Regierung wird die Aufenthaltserlaubnis afghanischer Flüchtlinge bis zum 31.12.15 verlängert.

Zivilisten in Kaschmir getötet

Nach pakistanischen Angaben wurden am 24.08.13 in der Grenzregion zwei Frauen durch indischen Granatenbeschuss getötet. Seit Anfang August 2013 kommt es in Kaschmir immer wieder zu Grenzzwischenfällen. Beide Seiten beschuldigen einander der Provokation.

Mindestens 178 Tote durch Überschwemmungen

In der Provinz Punjab im Zentrum des Landes, in der südlichen Provinz Sindh und im südwestlichen Baluchistan wurden fast 350 Notunterkünfte für die von Überschwemmungen Betroffenen eingerichtet. In den vergangenen drei Wochen kamen durch das Hochwasser mindestens 178 Menschen um, 855 wurden verletzt.

Irak

Dutzende Tote bei Anschlägen

Am 25.08.13 starben bei mehreren Bombenanschlägen mindestens 48 Menschen. So wurden allein in Bakuba (Provinz Dijala, 65 Kilometer nordöstlich von Bagdad) elf Menschen bei einem Autobombenanschlag getötet. In Bagdad starben bei mehreren Bombenanschlägen mindestens 18 Menschen. In der Provinz Salah al-Din wurden durch eine Autobombe fünf Menschen getötet und 21 weitere verletzt. In der Provinz Niniweh schossen Unbekannte auf einen Kleinbus mit Soldaten. Dabei wurden fünf Soldaten getötet. Bei drei weiteren Anschlägen in Niniweh starben ein Soldat und zwei Zivilisten. Bereits am 23.08.13 kamen bei

einem Selbstmordanschlag in einem belebten Park in Bagdad mindestens 25 Menschen ums Leben, mehr als 50 wurden verletzt.

Syrien

Verdacht auf Giftgasangriff

Die Opposition beschuldigt die syrische Regierung, am 21.08.13 einen Angriff mit Giftgas in der Nähe von Damaskus begangen zu haben, bei dem 1.300 Menschen ums Leben gekommen seien. Die syrische Regierung macht die Opposition für die Tat verantwortlich. „Ärzte ohne Grenzen“ erklärte am 24.08.13, 3.600 Personen seien mit „neurotoxischen Symptomen“ in Kliniken eingeliefert worden, wo 355 gestorben seien. Das syrische Regime versprach Chemiewaffenkontrolleuren der UN am 25.08.13 Zugang zu den bombardierten Gebieten. Der US-Verteidigungsminister Hagel erwähnte als mögliche Reaktion eine Militärintervention.

Libanon

Bombenexplosionen in Tripoli

Am 23.08.13 kam es in der libanesischen Stadt Tripoli zu zwei Bombenexplosionen mit mindestens 43 Toten und 500 Verletzten. Die seit Ende des Bürgerkrieges blutigsten Anschläge ereigneten sich vor der sunnitischen Takwa-Moschee und der sunnitischen Salam-Moschee im Stadtteil Mina. Sunniten machen die Hizbollah-Miliz für die Anschläge verantwortlich.

Israel reagiert mit Bombardierung auf Raketenbeschuss

Am 22.08.13 wurde der Norden Israels mit Raketen vom Libanon aus beschossen. Zum Angriff bekannte sich die islamistische Abdullah-Asam-Brigade. Am 23.08.13 bombardierte die israelische Luftwaffe als Reaktion einen Stützpunkt der palästinensischen Befreiungsfront (PFLP-GC), die enge Beziehungen zu Iran und der Hizbollah hat.

Tunesien

Proteste gegen Regierung

Am 24.08.13 haben in Tunis mehrere tausende Demonstranten die Regierung zum Rücktritt aufgefordert. Die Polizei beobachtete die Demonstration und durchsuchte Taschen. Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam es nicht. Mit der Demonstration soll eine Woche von Protesten einiger Oppositionsparteien starten, die sich unter dem Namen „Nationale Rettungsfront“ zusammengeschlossen haben. Sie fordern den Rücktritt der Regierung und bis zu Neuwahlen die Einsetzung eines Kabinetts aus Technokraten. Die Ankündigung der Protestwoche erfolgte, nachdem ein Vermittlungsversuch der Gewerkschaft UGTT zwischen Regierung und Opposition am 23.08.13 gescheitert war. Zuvor hatte die Opposition ein Gesprächsangebot der Regierung über die Bildung einer Expertenregierung zurückgewiesen und an der Forderung nach Auflösung der Regierung gehalten.

Libyen

Übergriff auf ägyptische Botschaft

Am 17.08.13 warfen Unbekannte aus einem fahrenden Auto einen Sprengsatz auf das ägyptische Konsulat in Benghasi. Nach Angaben lokaler Medien entstand bei der Attacke lediglich Sachschaden am Gebäude. Der Anschlag ereignete sich während der Proteste von Anhängern islamistischer Parteien, die in den vergangenen Tagen ihre Solidarität mit den Muslimbrüdern in Ägypten ausgedrückten. Die libysche Regierung vertritt hier eine neutrale Position.

Ägypten

Weitere Kundgebungen der Muslimbruderschaft

Für den 23.08.13 hatten Anhänger des gestürzten Präsidenten Mursi einen „Freitag der Märtyrer“ ausgerufen und vor 28 Moscheen in Kairo Protestkundgebungen gegen die Armee angekündigt. Die Veranstaltungen, an denen nur noch wenige Tausend teilnahmen, verliefen wegen massiver Präsenz der Sicherheitskräfte im Wesentlichen friedlich. Zu gewaltsamen Zusammenstößen kam es allerdings im Nildelta. In Tanta kam ein Mursi-Anhänger ums Leben, als ein Mob eine Kundgebung angriff. Andernorts griffen Unbekannte Häuser von Islamisten an.

Die Übergangsregierung verkürzte die nächtliche Ausgangssperre um zwei Stunden auf 21:00 Uhr bis 6:00 Uhr. An Freitagen besteht sie nach wie vor elf Stunden.

Prozess gegen Führung der Muslimbruderschaft eröffnet

Am 26.08.13 begann in Kairo in Abwesenheit der Angeklagten der Prozess gegen Mohammed Badie, den Führer der Muslimbruderschaft, sowie seine Stellvertreter Chairat al-Schater und Raschad al-Bajumi. Ihnen wird vorgeworfen, ihre Anhänger zur Gewalt aufgerufen zu haben. Da die Angeklagten aus Sicherheitsgründen nicht anwesend sein konnten, wurde die Gerichtsverhandlung vertagt.

Mubarak aus Haft entlassen

Der ehemalige Staatspräsident Hosni Mubarak wurde am 22.08.13 aus dem Gefängnis entlassen. Ein Gericht hatte am Vortag die Haftentlassung angeordnet da die zulässige Dauer der Untersuchungshaft überschritten war. Die Regierung verhängte zur Vermeidung neuerlicher Unruhen einen Hausarrest. Mubarak befindet sich seither in einem Militärkrankenhaus. Er war wegen der Tötung von Demonstranten während der Revolution von 2011 zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Ein Berufungsgericht hatte jedoch ein neues Verfahren angeordnet.

Iran

Wachsender Druck auf christliche Konvertiten

Wegen Verteilens von Bibeln ist der vom Islam konvertierte Christ Mohammed Hadi Bordbar zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Wie der vatikanische Pressedienst Fides am 20.08.13 unter Berufung auf örtliche Beobachter berichtete, befand ein Gericht in Teheran ihn für schuldig, damit ein „Verbrechen gegen die Staatssicherheit“ begangen zu haben. Bordbar soll laut Prozessakten gestanden haben, 12.000 Bibeln im Taschenbuchformat verteilt zu haben. Er habe sich nach seiner Taufe in seiner Wohnung mit anderen Gläubigen zum Gebet versammelt und so zusätzlich gegen iranisches Gesetz verstoßen. Die Polizei hatte in der Wohnung des Verurteilten laut dem Prozessbericht im Dezember 2012 über 6.000 Bibeln sowie weitere christliche Publikationen beschlagnahmt

Fides berichtete unter Berufung auf die christliche iranische Nachrichtenagentur „Mohabat News“ weiter, dass sich ein ähnlich gelagerter Fall in Robat-Karim südlich von Teheran ereignet habe. Dort verurteilte ein Gericht einen Christen zu einem Jahr Haft und zwei Jahren Exil wegen des Vorwurfs der „Evangelisierung, der Verteilung von Bibeln“ und wegen „der Opposition gegen die Regierung der Islamischen Republik Iran“. In der Urteilsbegründung heißt es, der Angeklagte sei schuldig, „weil er in seiner Wohnung Gebetsversammlungen veranstaltete und unter Jugendlichen Zügellosigkeit und Zweifel an den Prinzipien des Islam verbreitet habe“. Der Betreffende wurde im März 2013 festgenommen.

Christliche Menschenrechtsorganisationen kritisierten unterdessen einen wachsenden Druck auf christliche Konvertiten in Iran. Viele Kirchen, die Gottesdienste auf Farsi abgehalten hätten, seien mittlerweile geschlossen worden, weil die staatlichen Behörden das wachsende Interesse junger Iraner am Christentum als „Bedrohung“ sähen, so laut Fides die beiden Nichtregierungsorganisationen „Barnabas Team“ und „Christian Solidarity Worldwide“.

Albanien

Rückkehr von Arbeitsmigranten

In den letzten zwei Jahrzehnten sind rund 1,4 Millionen Albaner ausgewandert. Das entspricht ca. der Hälfte der aktuell ca. 2,8 Millionen Einwohner. Der Großteil ging nach Griechenland (rund 700.000) und Italien (500.000). Da diese beiden Länder in den vergangenen Jahren besonders stark von der Wirtschaftskrise getroffen wurden, sehen sich immer mehr Albaner gezwungen, diese Länder zu verlassen. Zwischen 2008 und 2011 kehrten etwa 83.000 Migranten zurück. Bis heute dürften es über 100.000 sein.

Trotz dieser Rückkehrbewegung muss das Migrationspotenzial grundsätzlich weiterhin als hoch eingeschätzt werden. Ursachen sind das niedrige Pro-Kopf-Einkommen, die hohe Arbeitslosigkeit (vor allem von jungen Menschen, Minderheiten und neuerdings Rückkehrern), die nach wie vor schwierige wirtschaftliche allgemeine Lage sowie lokale Konflikte und Blutrachefehden, die in ländlichen Regionen immer noch gegenwärtig sind.

Russische Föderation

Neun Militante in Dagestan getötet

Am 20.08.13 wurde vom National Antiterrorist Committee (zuständig für die Terrorbekämpfung) die Tötung von neun Militanten bekannt gegeben. Sie waren von der OMON (direkt dem Innenministerium unterstellte Polizeieinheit) in einem Haus in der dagestanischen Stadt Buinaksk eingekesselt worden. Vier Polizisten sollen verwundet worden sein. Bei dem Gefecht wurde der Anführer einer lokalen Extremistengruppe, Bammatkhan Shekhov, getötet. Laut Behördenangaben soll die Gruppe allein seit Jahresbeginn in der Region 20 Terroranschläge verübt haben. Ihr wird ein im März 2012 verübter Bombenanschlag auf den Imam der Hauptmoschee von Buinaksk zugeschrieben, bei dem dieser getötet wurde.

Laut Angaben des russischen Innenministeriums von Ende Januar 2013 gibt es im Nordkaukasus bis zu 40 militante Gruppen mit insgesamt rund 600 Aktiven. Rund zehn dieser Gruppen sollen in Tschetschenien operieren, etwa 16 in Dagestan, zirka drei in Inguschetien, bis zu fünf in Kabardino-Balkarien sowie eine in Karatschajewo-Tscherkessien.

Nigeria

Boko-Haram-Anführer Shekau tot?

Am 19.08.13 verkündete der Sprecher der JTF (Joint Task Force, Sondereinheit aus Armee und Polizei zur Bekämpfung der islamistischen Terrororganisation Boko Haram) den Tod des Boko-Haram-Anführers Anführer Abubakar Shekau. Er habe bei einem Gefecht am 30.06.13 in einem Lager der Terrorgruppe im Sambisa Wald (nordöstlicher Bundesstaat Borno) zwischen der JTF und Boko-Haram-Angehörigen Schussverletzungen erlitten. Shekau sei daraufhin heimlich über die Grenze nach Kamerun in die Grenzstadt Amitchide gebracht worden. Laut einem Geheimdienstbericht „werde stark angenommen“, dass er dort in einem Krankenhaus zwischen dem 25.07. und 03.08.13 verstarb. Von unabhängiger Seite liegt bisher keine Bestätigung für den Tod von Shekau vor. Soweit sich in einer Videobotschaft am 12.08.13 eine Person mit Aussehen und Stimme Shekaus als Shekau ausgab, soll es sich laut Militärangaben um einen Doppelgänger gehandelt haben.

Viele Tote bei Boko-Haram-Angriff im Bundesstaat Borno

Am 19.08.13 griffen mutmaßliche Boko-Haram-Mitglieder das Dorf Demba (nahe der Stadt Baga, nordöstlicher Bundesstaat Borno) an. Sie töteten 35, nach anderen Angaben 44 Menschen. Laut Militärangaben sei der Überfall erfolgt, weil die Dorfbewohner nicht mit Boko Haram zusammenarbeiten wollten. In der vorausgegangenen Woche hatten Soldaten bei einer Razzia in Demba mehrere Islamisten festgenommen.

Somalia

80.000 Somalier aus Kenia zurückgekehrt

Nach Angaben aus dem kenianischen Innenministerium sollen etwa 80.000 somalische Flüchtlinge freiwillig in ihre Heimat zurückgekehrt sein.

In Kenia halten sich etwa 500.000 Flüchtlinge aus dem Nachbarland auf, die die kenianische Regierung repatriieren will.

Schwedischer Politiker in Mogadischu getötet

Bewaffnete erschossen aus einem fahrenden Auto vor der Universität von Mogadischu am 21.08.13 Abdirahim Hassan, ein 24-jähriges Mitglied des Jugendflügels der schwedischen Linkspartei. Seine Parteikollegin Ann-Margarethe Livh, eine Stockholmer Gemeinderätin, wurde verletzt. Der Ermordete hatte bei einer Vorlesung von Livh an der Universität als Übersetzer fungiert. Anscheinend handelte es sich bei dem Vorfall nicht um einen Anschlag radikaler Islamisten, sondern um den Versuch, die schwedische Politikerin zu entführen. Die somalische Polizei nahm drei Verdächtige fest.

Angriffe der al-Shabaab abgewehrt

Einheiten der Mission der Afrikanischen Union in Somalia (AMISOM) wehrten am 21.08.13 in Kismayo zwei Angriffe der al-Shabaab auf einen Stützpunkt der Mission ab. Sieben Extremisten wurden getötet.

Der Hafen der südsomalischen Stadt war lange Haupteinnahmequelle der al-Shabaab. Im September 2012 hatten sie Soldaten der AMISOM und der AU aus der Stadt vertrieben.

DR Kongo

Gefechte bei Goma

Nach einer mehrwöchigen Waffenruhe brachen am 21.08.13 neue Kämpfe zwischen Angehörigen der Rebellenbewegung M23 und Regierungssoldaten aus, nachdem Rebellen in die Sicherheitszone der UN-Friedensmission in der DR Kongo (MONUSCO) rund um Goma (Hauptstadt der ostkongolesischen Provinz Nord-Kivu) eingedrungen waren. Auf einen Artilleriebeschuss Gomas am 22.08.13 durch die M23 mit fünf Todesopfern, reagierten die MONUSCO-Soldaten, unterstützt von Regierungstruppen, mit Angriffen auf Rebellenstellungen bei Kibati (etwa 15 km nördlich von Goma). Hierbei kam erstmals die neue tansanisch-südafrikanische UN-Interventionsbrigade zum Einsatz. Nachdem am 24.08.13 erneut zwei Geschosse in Goma einschlugen und mindestens drei Menschen töteten, kam es in Goma zu einer Demonstration der Bevölkerung, die von der UN ein entschlossenes Eingreifen gegen die M23 verlangte. Die Demonstration eskalierte, es gab Kämpfe mit Polizei und UN-Einheiten. Die Kämpfe nördlich von Goma dauerten das Wochenende über an. Am 26.08.13 meldete die Nachrichtenagentur AP unter Berufung eines Krankenhausarztes, dass es seit dem frühen Sonntagmorgen (25.08.) mindesten 82 Tote, darunter 23 Regierungssoldaten, gegeben habe.

China

Mutmaßliche uigurische Terroristen getötet

Wie Radio Free Asia am 25.08.13 berichtete, ging die Polizei nach offizieller Darstellung am 20.08.13 in Yilkiqi im Kreis Kargilik (chin. Yecheng), Präfektur Kashgar, gegen mutmaßliche uigurische Terroristen vor. Unbestätigten Angaben zufolge tötete sie mindestens 15 der mehr als 20 Verdächtigen. Auch ein Polizist soll getötet worden sein.

Myanmar

Antimuslimische Gewalt

Nach Berichten über die versuchte Vergewaltigung einer Buddhistin durch einen Muslim brach am 25.06.13 Dorf Htan Gone (nahe Stadt Kanbalu, Sagaing Region) antimuslimische Gewalt aus. Die Polizei hatte sich geweigert, den Muslim an eine aufgebrachte Menge auszuliefern. Daraufhin steckte ein Mob von bis 1.000 Personen in Htan Gone mehr als 50 Häuser und Geschäfte in Brand.

Mob bedrängt UN-Sondergesandten

Der UN-Sonderberichterstatter über die Lage der Menschenrechte in Myanmar, Tomás Ojea Quintana, wurde, wie er am 21.08.13 verlautete, während seines Besuches in der Stadt Meik(h)tila von einem Mob angegriffen. Bei seinem Besuch am 19.08.13 hätten etwa 200 Menschen, anscheinend Buddhisten, sein Auto umringt und darauf eingeschlagen. Deshalb brach er den geplanten Besuch in einem Lager für muslimische Binnenflüchtlinge ab. Meiktila war im März Schauplatz von Unruhen zwischen Buddhisten und Muslimen. Radikale Buddhisten warfen Quintana (wie u.a. auch der internationalen Berichterstattung und Hilfsorganisationen) vor, für die Muslime einseitig Partei zu ergreifen.

Quintana kritisierte auch, dass Myanmars Behörden ihm in der Woche zuvor einen Besuch der Stadt Laiza im Kachin State verwehrt hätten, die Rebellen der Kachin Independence Army (KIA) kontrollieren. In der Region leben zehntausende Binnenflüchtlinge unter teils schwierigen Bedingungen. Sie waren vor Kämpfen zwischen dem Militär und den Rebellen geflohen, die 2011 ausgebrochen waren und durch einen Waffenstillstand im Mai 2013 weitgehend beendet wurden. Quintana beendete am 21.08.13 seinen zehntägigen Besuch in Myanmar.

Korea (Demokratische Volksrepublik)

UNO untersucht Menschenrechtsverletzungen

Bis zu 120.000 Menschen sitzen in nordkoreanischen Gefangenenlagern. Berichte von Menschenrechtsverletzungen, Folter und Mord häufen sich. Die Vereinten Nationen haben eine offizielle Untersuchungskommission eingesetzt, die Beweise für Menschenrechtsverletzungen sammeln und die Verantwortlichen klar benennen soll. Nordkorea bestreitet die Existenz solcher Lager.